

## Redebeitrag von Herrn Stv. Winand Koch zum TOP 11 „Bildung von Ortsbezirken und damit Einrichtung von Ortsbeiräten in der Kernstadt“

- Es gilt das gesprochene Wort –

Frau Stadtverordnetenvorsteherin,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

nachdem Argumente auf den Tisch kamen, geliefert wurde, sagt der Hans-Georg, kann man darauf auch reagieren und darauf eingehen.

Meine Damen und Herren, das was wir hier machen, ist eine Entscheidung zwischen Vernunft und dem, was wir als Gefühl haben, dass Menschen beteiligt werden. Dass es vielleicht gut ist, die zu beteiligen.

Ich sag für die FDP-Fraktion mal eins zu den Gefühlen: Man kann denken, das schadet nicht. Stimm doch einfach zu. Meine Damen und Herren, das ist uns einfach zu wenig. Es kann auch dazu kommen, dass andere sich versuchen zu profilieren und im Nachhinein einem jahrzehntelang vorhalten, ja, ihr wart ja damals dagegen. Wie schnell man in so ´ne populistische Sache abgleitet, hat der Werner Hesse im Ausschuss erfahren müssen. Er hat durchaus sinnvolle Fakten geliefert, emotionsfrei. Und es war schon so weit, dass ich gedacht habe, oh oh, guckt euch das mal an, jetzt wird's polemisch. Die Gefahr ist da, das wissen wir auch und meine Damen und Herren, trotzdem sollten wir die Vernunft walten lassen.

Dazu gehört Folgendes: Wir gucken uns mal die bisherige Praxis an:

Ich bin seit 1989 mit Ausnahme einer Legislatur im Ortsbeirat Niederklein beteiligt. Als Stadtverordneter werde ich regelmäßig eingeladen, der Jörg Linker kennt das aus Erksdorf. Und deswegen ist es so, dass man schon weiß, von was man redet. Zu der Historie ist zu sagen, die Ortsbeiräte sind geschaffen worden, als Kompensation des Verlusts der Eigenständigkeit von Stadtteilen. Die hatten von heute auf morgen bei der Gebietsreform 62 und bei der Umsetzung in Stadtallendorf 1974 keine Ansprechpartner mehr, der Bürgermeister war weggefallen und dann brauchte man eine Anlaufstelle und da wars auch gut, dass das entsprechende in die Wege geleitet wird.

In der Kernstadt hat es so einen Verlust eigentlich nie gegeben. Die hatten den direkten Draht, die konnten sofort dahin gehen, wo entschieden wird. Die konnten sofort zur Verwaltung gehen, das machen die heute auch noch. Das ist nicht so, dass man da jemanden braucht, der wie bei uns, was die Ortsvorsteher machen, die rennen nämlich offene Türen ein, die gehen hin, die gehen hin, steter Tropfen höhlt den Stein und erreichen sehr viel für die Stadtteile. Ob das mehr ist wie das, was die städtischen Leute kriegen, das müssten wir noch mal überprüfen.

Und die Praxis in den Ortsbeiräten ist derzeit so, dass man sich meiner und unserer Ansicht nach viel zu wenig Kompetenzen zutraut. Für Niederklein kann ich das sagen, die eigene Kompetenz, die wir mal hatten, die hat uns der Vorgänger vom Christian Somogyi genommen. Es ging damals noch um das, was wir als letztes als letzte Fackel hatten, wir konnten bestimmen, wer Bauplätze in Niederklein kriegt. Das war noch so ein Relikt von früheren Zeiten. Dann gabs ein Baugebiet „In der Wann“, Ende der Veranstaltung. Ende der Veranstaltung, da kriegten wir knallhart gesagt: Das ist gar nicht eure Kompetenz, guckt euch das mal an, das wars!

Deswegen, man kann da locker von dritter Seite aus dahin gucken. Wer die Arbeit vor Ort kennt, kriegt da schon ein differenzierteres Bild.

Meine Damen und Herren, zu den Kosten, die angesprochen worden sind, müssen wir auch machen. Ich hab eben erfahren, dass alleine für die Ortsvorsteher im Jahr so um die 27.000 € in Betracht kämen und dass vielleicht auch die Aufwandsentschädigung für die Beteiligten so round about über 60.000 € reden. Ich sage aber ausdrücklich, das ist für die FDP-Fraktion kein Argument. Demokratie kostet. Ob das hier im Parlament ist, ob das in den Ortsbeiräten ist, wir müssen das wissen, aber das ist kein Argument dagegen zu sein. Ein Argument dagegen zu sein, ist die willkürliche Grenzziehung. Ein Bundesgesetz Bundeswahlgesetz bestimmt, wie Wahlbezirke eingerichtet werden. Und das soll das Kriterium für hier uns vor Ort für uns vor Ort in Stadtallendorf sein, die Bezirke sollen nach solchen Kriterien eingestellt werden. Das hat mit unseren kommunalen Besonderheiten absolut nichts zu tun. Deshalb sage ich, das ist untauglich. Diese Wahlbezirke konkret sind untauglich und ich sage auch warum: Sie durchschneiden gewachsene Gemeinschaften.

Wenn man sich mal überlegt, dass die Attraktivierung der unteren Niederkleiner Straße mal in Betracht kommt und man sich dann in Konkurrenz sieht zu der Attraktivierung der oberen Niederkleiner Straße, meine Damen und Herren, das ist Blödsinn. Wir sollten da wirklich zu besseren Strukturen kommen, damit wir da wirklich keine neuen Grenzlinien schaffen und diese Grenzlinien willkürlich nach Wahlbezirksgrenzen, bei denen es eigentlich um die Anzahl der Personen, die in dem Wahlbezirk wählen dürfen, dass das ungefähr gleich sein muss, abhängig machen.

Meine Damen und Herren, für die Schaffung solcher Ortsbeiräte stimmt natürlich, ich habs ja eben schon mal erwähnt, auch da werden wieder Ortsvorsteher permanent bei der Verwaltung sein und werden zusätzlich den steten, den durch steten Tropfen den Stein höhlen. Und Konkurrenz belebt das Geschäft, das ist eine klare Geschichte. Es gibt mehrere und jeder will für sich das meiste rausholen.

Aber meine Damen und Herren, wir sollten auch keinen Sand in die Augen streuen. Zur Wahrheit in dieser Sache gehört, dass der Ortsbeirat zu allen wichtigen Angelegenheiten gehört wird, das steht in der Hessischen Gemeindeordnung, aber die Einschränkung, wichtige Angelegenheit, die den Ortsbezirk betreffen. Und auch den Haushalt. Und dann gucken Sie sich mal an, was in unserer Geschäftsordnung steht, da steht knallhart drin: Zu überregionalen Sachen ist er schlichtweg nicht zu hören. Müssen wir mal gucken, 25 unserer, 35 glaub ich, muss ich mal gerade gucken, 33 unserer Geschäftsordnung regelt das Verfahren und sagt, „und damit nur die Gesamt...“, also – insbesondere ist er nicht vor Erlass Änderung oder Aufhebung von Ortsrecht zu hören,“ dass für alle in der Stadt unterschiedslos gilt und damit nur die Gesamtinteressen der Stadt angeht.

Meine Damen und Herren, es geht also nur in Anhörungsrechten, Anhörungsrecht für Fakten und Zeichnungen und Teile, die die Stadt, nur den Stadtteil berühren. Und es steht im 33.3, Abs. 1 ausdrücklich, der Ortsbeirat wird nicht gehört zu Angelegenheiten, die den Ortsbezirk nur als Teil der Stadt insgesamt berühren. Das gehört zur Wahrheit, das müssen wir klarmachen.

Meine Damen und Herren, die Unterstellung oder die Behauptung, die Stadtteile würden übermäßig profitieren ist bis heute nicht verifiziert worden. Da hätte ich gerne mal ein paar Zahlen für.

Meine Damen und Herren, nur die tatsächliche Behauptung reicht nicht aus, da müssten wir schon mal konkret nachgucken und ich meine, wenn man das im Blick auf die Entwicklung und die Investitionen der letzten zehn Jahre sich anguckt, wird sich diese Behauptung nicht halten lassen. Die Vorstellung, die Anträge der Ortsbeiräte würden durch die Verwaltung umgemünzt ist schlichtweg falsch. Meine Damen und Herren, fragen Sie mal den Niederkleiner Ortsbeirat, was von den Haushaltsanmeldungen von den Wünschen umgesetzt worden ist. Das war schon deprimierend, was wir da gelesen haben beim letzten

Mal. Und dass diese Möglichkeit in der Kernstadt nicht besteht und sogar ein Nachteil für die Kernstadt da sei, sehe ich eigentlich bei weitem nicht so. Denken Sie mal an Stadthalle, Stadthalle für Kernstadt. Denken Sie mal an die Schwimmbäder und Einkaufszentrum, denken Sie mal an Gewerbegebiet, die Parkanlagen, die Unterhaltungen, die da ja jeweils sind. Also da müssten wir schon wirklich Zahlen haben, um über diese Brücke zu gehen, diese Zahlen liegen nicht vor.

Und meine Damen und Herren, eine Verwaltungsvorlage, die die Verwaltung erarbeiten soll, nur auf der Basis, die hier im Antrag dargestellt ist, ist uns zu kleine Münze. Das ist deutlich zu wenig und ich werde das jetzt im Nachfolgenden begründen, weil das viel zu kurz gedacht ist und an der Realität vorbei geht. Lediglich die Einrichtung nach dem Motto: „Weiter so“, reicht bei weitem nicht aus.

Meine Damen und Herren, der Antrag scheint ´ne gewisse Unkenntnis der tatsächlichen Situation darzustellen, weil der letzte eigenständige Handlungsbereich beispielsweise in Niederklein weggebrochen ist. Da gibt es keinen eigenständigen Handlungsbereich mehr. Wir können bitten und bitten und hoffen, dass unser Ortsvorsteher wochenlang jedes Mal zu den Sachbearbeitern geht und versucht was rauszuhauen.

Meine Damen und Herren, es ist positiv, dass der Ortsbeirat zu hören ist, auch zum Entwurf des Haushaltsplan. Ich habe Ihnen aber eben schon dargestellt, wo er nicht zu hören und das sind die aller-, aller- und noch mal allermeisten Sachen.

Meine Damen und Herren, das hab ich schon gesagt, diese ganzen Punkte führen dazu, dass der Enthusiasmus, der in diesem Antrag liegt, deutlich relativiert wird und dass es eigentlich ´ne Wunschvorstellung ist. Es reicht nicht aus, nur Ortsgrenzen zu bestimmen, um die Einrichtung eines Ortsbeirates zu beschließen. Nein, da muss wirklich schon mehr her.

Meine Damen und Herren, und das ist für uns jetzt der wichtigste Punkt: Der wichtigste Punkt, der uns dazu bringt, den Antrag in dieser konkreten Form, weils schlichtweg nicht ausreicht, was da steht, abzulehnen: Schauen Sie sich mal den § 34 der Geschäftsordnung vor, ich les den schlichtweg einfach mal vor: „Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet in angemessener Frist über Vorschläge des Ortsbeirates, wenn diese in ihre Zuständigkeit fallen. Das vorsitzende Mitglied teilt die Entscheidung dem Ortsbeirat schriftlich mit.“ D. h. wir als Stadtverordnetenversammlung haben darüber beschließen, was ein Ortsbeirat will.

Meine Damen und Herren, die Niederkleiner wissen schon was jetzt kommt. Die Niederkleiner haben in der letzten Legislaturperiode über 15 Anträge an die Stadtverordneten gestellt. Und ich sag Ihnen eins: Kein einziger ist hier behandelt worden in diesem Haus. Kein einziger dieser Anträge ist vorgelegt worden. D. h. die Geschäftsordnung ist nicht beachtet worden. Ich kann Ihnen mal so ein paar Anträge vorlesen: Wir bitten den Magistrat, sich bei der Kommune Kirtorf für eine regelmäßige Pflege dieser Kirschbrücke zwischen Niederklein und Lehrbach einzusetzen. Antrag besonders wichtig am 20.11.2012: Der Ortsbeirat beschließt, die Verwaltung aufzufordern, alle nachfolgenden Anträge, die hier aufgeführt sind, endlich schriftlich zu beantworten. Da geht's um eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht, neun, zehn Sachen aus dem Jahr 2011 und 2012. Selbst dieser Antrag ist in keiner Weise beschieden worden.

Nächste Punkt: Wir hatten in Niederklein immer einstimmig vom Ortsbeirat die Verwaltung gebeten, ob eine Prüfung der Anbindung des Gewerbegebiets Niederklein an die B 62 besser zustande kommt. Keine Reaktion. Wir hatten gebeten, historische Hinweistafeln für historisch bedeutsame Stätten im Ortsgebiet zu prüfen und zu berichten. Nichts geschehen. Wir hatten beantragt, Kontakt zu anderen Kommunen, weil das bei uns ein bißchen eng ist, bei uns hört die Welt nach Kirtorf, nach Homberg/Ohm hört die Welt auf. Da ist keine Presse, da ist keine überörtliche Presse, dass man so man hören kann, was ist denn beim Nachbarn,

der nur 5 km weiter wohnt, was ist denn da los? Kontakt aufzunehmen, ob da mal was zustande kommt. Alles nicht beachtet worden.

Und deswegen haben Sie bitte Verständnis für, dass wir in diesem Zusammenhang den Enthusiasmus, den dieser Antrag in seiner sehr engen Form, in seiner sehr engen begrenzten Form, der sich nur auf Grenzen bezieht, nicht zustimmen können.

Meine Damen und Herren, man hört lediglich, dass es toll sein soll, sowas zu machen, man hört, das will ich noch mal zu den Niederkleiner Sachen sagen: Dann auch Mensch, ihr macht ja hervorragende Protokolle, da steht ja alles Mögliche drin. Also gelesen hat man's, nur eine Reaktion hat's auf diese Protokolle nicht gegeben, meine Damen und Herren.

So, und jetzt sollen wir auf jeden Fall dieser Sache zustimmen, meine Damen und Herren, wenn wir sowas, diese Situation, die wir jetzt haben, neuen Ortsbeiräten zumuten, die Leute erkennen, was sie eigentlich bewirken können, fällt das ganz schnell zusammen. Das ist zu kleine Münze, das ist zu wenig.

Und meine Damen und Herren, aus diesem Grunde und wichtiger, aus diesem Grunde lehnen wir diesen Antrag in seiner Form, wie er heute ist, ab und zum Schluss, ich hab das dem Bernd Weitzel schon angekündigt, weil man ja versuchen könnte, aus so 'ner Stellungnahme Populismus zu betreiben, beantrage ich für mich, dass das, was ich jetzt hier gesagt hab, im Wortprotokoll aufgenommen wird.

Danke schön